



Evangelische Verantwortung

Januar 1/1989

Gedanken zur Jahreslosung 1989

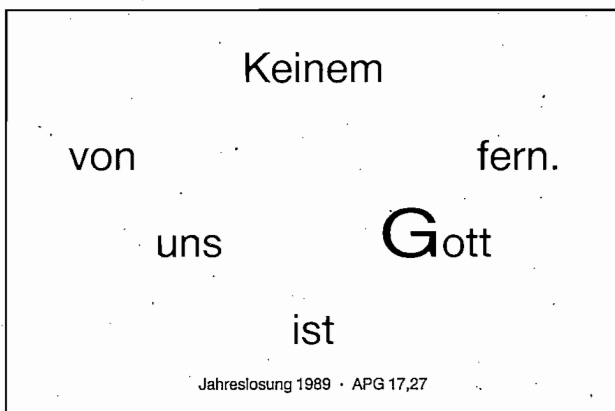
Albrecht Martin

Nehmen wir das Wort des Paulus, wie es da steht, so enthält es mehrere Aussagen: Gott ist uns – und zwar uns allen – nahe. Das ist tröstlich, aber auch fordernd. Gott ist **allen** nahe, also ohne Ansehen der Person, und es gilt Christen wie Nichtchristen. Wenn Gott allen nahe ist, dann folgt weiter: die Nähe Gottes zu uns bedeutet Nähe zwischen uns, denen Gott nahe ist.

Nun hat das Wort so seine Schwierigkeiten, wenn man es im Zusammenhang der Rede Paulus auf dem Marktplatz in Athen betrachtet. In dieser Predigt setzt sich Paulus mit dem Heidentum der Athener auseinander, das durch die Philosophie der Zeit stark geprägt war. Der Apostel beantwortet hier nicht die Hoffnung Israels auf die Erlösung durch den Gott Abrahams mit dem Evangelium von der Heilstat Gottes in Leiden, Sterben und Auferstehen Jesu Christi; vielmehr will er dem unklaren Gottsuchen der Athener die Botschaft vom persönlichen Gott entgegensetzen. So werbend die Ausdrucksweise des Paulus ist, so klar abgrenzend ist seine Predigt, die ja auch bei den Athenern auf Spott, Gleichgültigkeit und Ablehnung stieß.

Für uns ist es wohl kaum eine Versuchung, Gott in steinernen Bildern und in großen Tempelbauten darzustellen; unsere Zeit hat diffizilere Methoden, Gott dem Menschen verfügbar zu machen. Wo Ideologien unser Denken bestimmen, wo der Mensch sich selbst in den Mittelpunkt stellt, da geschieht nichts anderes, als was die Athener mit ihren Götterbildern und Tempeln versuchten: Gott sich zu unterwerfen. Die Warnung ist besonders begründet, weil das Wort „Gott ist keinem von uns fern“ leicht mißverstanden werden kann. Denn Gott will uns nahe sein, vertraut mit uns, aber nicht vertraulich! Er bleibt der Herr, gerade indem er uns nahe ist.

„Gott ist keinem von uns fern“. Gottes Nähe zu jedem einzelnen schafft Nähe zwischen den vielen einzelnen. So verschieden wir Menschen sind in Ansichten und Gewohnheiten, so wenig wir uns oft verstehen, **eine** Gemeinsamkeit kann uns dadurch nicht verloren gehen – die Nähe Gottes. Das hat uns alle verwandelt, hat uns zu Gottes Kindern gemacht. Darum kann Paulus einen griechischen Philosophen zustimmend zitieren: „Wir sind seines (Gottes) Geschlechts“. Tröstung und Forderung liegen also in unserer Jahreslosung. Man darf beides nicht voneinander trennen, wie das oft unter uns geschieht. Denn wir neigen dazu, das Trösten als Zeichen liebender Zuwendung zu betrachten, das Fordern aber als Äußerung des Herrschaftsanspruches; davon aber wollen wir gar zu oft nichts wissen. Man achtet zu selten darauf, daß die Gebote am Beginn des Bundesbuches stehen, daß es also der gnädige Gott ist, der uns gebietet, seine Ordnungen einzuhalten. Vielleicht müssen wir wieder neu lernen, daß Liebe und deutliches Drängen auf Gehorsam sich nicht ausschließen, sondern sich gegenseitig bedingen. Achten wir nicht mehr darauf, daß Gott Gehorsam von uns fordert, dann verkümmert Liebe zur Beliebigkeit; ein Blick in die Verhältnisse in



unserer Gesellschaft, aber auch in unsere Kirchengemeinden zeigt, daß wir auf dem Weg dahin schon weit gekommen sind. Vielleicht ziehen wir endlich die Folgerung, daß wir zur Liebe unfähig werden, wenn wir Gott nicht mehr als den Herrn anerkennen, auch einen Herrn, der Ordnung will. Umgekehrt wirken unsere Ordnungen oft so unmenschlich, weil wir sie nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der Liebe sehen. Gott wieder als unseren Herrn erkennen, als den liebenden und fordernden Herrn, das kann uns nicht nur zu einem neuen Gottesverhältnis führen, sondern wird auch das Verhältnis zwischen uns Menschen völlig neu gestalten.

Wenn Gott uns nahe ist, dann hoffen wir auf eine Zeit, in der wir bei ihm sind, auf die Vollendung des

Heils. Das macht uns Mut, dieser Zukunft fröhlich und getrost entgegenzugehen. Und auch das ist etwas, was für unser Leben in unserer Gesellschaft bedeutsam ist. Denn zu den bedrohlichsten Erscheinungen der Gegenwart gehört jene weit verbreitete Resignation, die uns so oft daran hindert, das im Blick auf die Zukunft Notwendige heute zutun. „Unser Herr kommt!“ – Das ist ein Ruf, der uns Mut macht. Unsere Jahreslosung sagt: er ist schon nahe! Auch darum ist das Jahr 1989 ein Jahr des Herrn!

Das Pauluswort aus der Rede auf dem Marktplatz in Athen, damals den Heiden gesagt, ist für uns heute so hilfreich, weil es zugleich tröstet, Mut macht, aber auch fordert.

Jugend und Kirche heute

Wilfried Beyhl

Kurzgefaßte, schlagwortartige Überschriften sind oft verräterisch, zumindest mißverständlich. Was besagt das „und“? Es könnte bezeichnen, daß Jugend und Kirche zweierlei sind, das eine kann zum andern addiert – oder man sagt hier wohl besser – integriert – werden. Etwa so: Kirche – das sind die Erwachsenen, Jugend ist eine Vorform vom Erwachsenen sein, also auch von Kirche. Jugend soll integriert werden in die Erwachsenenkirche. So verbreitet dieses – oft auch unbewußte – Verständnis ist, so unsinnig ist es doch auch. Denn ebenso wie Apfelbäume Bäume sind, so selbstverständlich sind Jugendliche selbst Kirche (sofern sie Mitglieder der Kirche sind). Es kann und soll hier also unter der Überschrift um Jugend in der Kirche gehen, um ihr Verhältnis zur Kirche als Institution und Erwachsenenkirche und zu einem Selbstverständnis von Kirche.

Kirche – Nein danke

„Europas Jugend geht zunehmend auf Distanz zur Kirche ihrer Väter“. So war es in einem Bericht über ein internationales Symposium in Göttingen zu lesen zum Thema „Jugend und Religion in Europa“. Von Finnland bis Italien, von Frankreich bis Moskau ist sich die europäische Jugend in der Ablehnung von Institutionen einig. Dies gilt nicht nur für die Kirche als Institution, sondern auch für politische Parteien. Institution gilt als formalistisch, steril, hierarchisch, starr, undurchschaubar usw.

Es ist offensichtlich: Wertorientierung, Lebenssinn und Zugehörigkeit vermitteln sich nicht über institutionalisierte Traditionsträger, sondern über glaubwürdige Personen. Der Slogan „Kirche – Nein

danke“ richtet sich gegen das Erscheinungsbild einer Institution und läßt um so lauter den Slogan werden:

Glaubenszeugen – Ja bitte

Jugendliche entwickeln „eine neuartige Neugier für die Vielfalt der Lebensweisen. Sie suchen Beispiele und Modelle für Lebensmuster, mit denen sie sich auseinandersetzen, die sie prüfen, ausprobieren, nachahmen oder verwerfen können. Sie suchen deshalb Erwachsene, die sich ihnen öffnen und sich in Fragen nach ihrer Biografie verwickeln lassen: Warum lebst Du so, wie Du lebst?“ (Richard Münchmeier, „Lebensorientierung Jugendlicher im Wandel“) So, wie sich Jugendliche Gott als einen persönlichen Freund ersehnen, so su-

chen sie in Erwachsenen nach Freunden, die auf ihrer Suche Erfahrungen gemacht haben und davon erzählen können. Sie suchen Erwachsene, die sich gleich ihnen auf den Weg machen, weil sie selbst noch nicht fertig oder am Ziel sind. Für Jugendliche gewinnen so Erwachsene eine neue Bedeutung als solche, die befragbar sind, aber nicht standardisierte Antworten geben auf Fragen, die keiner gestellt hat; sondern die sich gemeinsam auf Fragen einlassen und nach Antworten suchen. Denn auf der Suche nach Sinn und Lebensorientierung sitzen Jugendliche wie Erwachsene in einem Boot.

Auch der Erwachsene hat ja nach seiner Jugend die Identitätsfindung nicht abgeschlossen, sondern hat in der Dauerkrise oder in den Wiederholungskrisen seines Lebens nach immer neuen Antwortentwürfen zu suchen. Die Kirche will so für Jugendliche wie Erwachsene zu einem Ort der Begegnung werden, zu einer Herberge auf dem Wege, wo man einkehrt, sich stärkt, Erfahrungen austauscht und Wegweiser deutet. Kirche als Heimat – für die Mehrzahl der Jugendlichen ist das zu hoch gegriffen und für ihre Erfahrung schwer vermittelbar. Aber Herberge auf einem Weg – das ist ein Bild, auf das sie sich einlassen.

Herbergs-Kirche

Diesem Bild entsprechen die überraschend hohen Erwartungen, die Jugendliche den traditionellen Amtshandlungen der Kirche gegenüber haben: 75% sind für eine kirchliche Trauung, 90% würden ihre Kinder taufen lassen, 83% befürworten den Religionsunterricht an der öffentlichen Schule usw. Zu solchen Lebensstationen kommen Kirchentage und Jugendgruppen (von allen Altersgruppen sind die 14 bis 17jährigen mit 14% am stärksten am kirchlichen Leben aktiv) hinzu, Engagement in Projektgruppen oder Friedensbewegung usw., so daß Kirche Ereignis wird und Gestalt gewinnt in vielfältig gestreuten „Herbergen“.

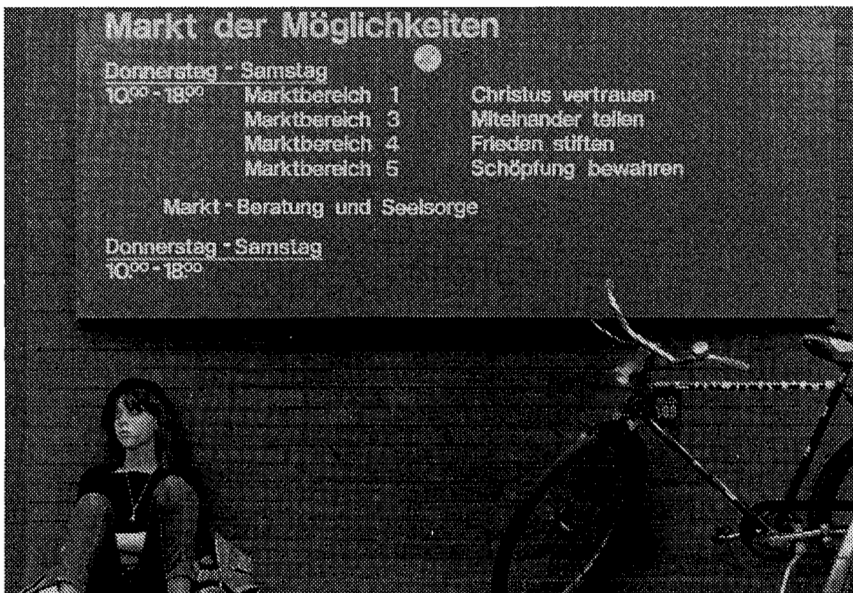
ben erhalte. Als Gegensatz dazu kommen zu stehen die Selbsthilfegruppen und Initiativen, eine lebendige Bewegung, die mit viel ehrenamtlichem Engagement und ohne Funktionsapparat flexibel auf die Herausforderungen der Zeit reagiere und sie effektiver bewältige. Auch in der Förderpolitik bekommt man manchmal den Eindruck, als hätten in der Gunst des Bundes die Selbsthilfegruppen und Initiativen den Jugendverbänden die Schau gestohlen.

Schaut man aber genauer hin, so kann man erkennen, daß viele Initiativen und Selbsthilfegruppen ihr Leben gerade kirchlichen Gruppen und dem Engagement eines Jugendverbandes verdanken. Aus der Initiative des Jugendverbandes Evangelische Jugend in Bayern z.B.

Partizipation in Kirche und Gesellschaft

Schon lange nicht mehr ist Jugendarbeit nur eine Spielwiese, die großmütig – aber deutlich begrenzt – zugestanden wird. Sondern immer deutlicher wird die Jugend in der Kirche anerkannt als Partner in der Verantwortung für das Leben der Kirche. Als Zeichen dafür hat die Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern 1988 das aktive Wahlalter für den Kirchenvorstand herabgesetzt auf 16 Jahre. Andere Landeskirchen haben sehr aufmerksam diese Entwicklung im „konservativen“ Bayern beobachtet und nehmen den Impuls für sich auf.

Eine Ordnung Evangelischer Jugend weist den Jugendlichen in ihrem Jugendverband Eigenverantwortung zu und versteht Jugendarbeit nicht einfach als Dienst der Kirche an der Jugend, um sie durch ein Gesamtkatechumenat zu integrieren. Sondern sie versteht Jugendliche als eigenständige Subjekte, die „als mündige und tätige Gemeinde Jesu Christi das Evangelium von Jesus Christus den jungen Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit“ bezeugen (Ordnung der Evangelischen Jugend in Bayern Nr. 1).



Schöpferische Pause am Rande des Kirchentages

Foto: poly-press

Bewegung und / in Institution

In dem Bild von der Kirche als einer Herberge am Lebensweg scheint allerdings auch ein Gegensatz angelegt zu sein, der als eine gegenwärtige Entwicklung mit vielen Beispielen belegt wird: Institution – Bewegung. Auf die eine Seite wird die starre und eigentlich überlebte Institution der Volkskirche gestellt, und dazu gehöre dann auch die traditionelle Struktur des Jugendverbandes, der sich mit immer mehr Funktionären und einem entsprechenden Apparat künstlich am Le-

ist die Zahl der Projekte für junge Arbeitslose seit 1981 auf 33 Projekte im Jahr 1988 angewachsen: 350 vor allem benachteiligte junge Arbeitslose werden dort beschäftigt, weitere 1500 finden Beratung und Gruppenarbeit: ein Beispiel, das für viele Bewegungen und Initiativen im Hinblick auf eine gerechtere Gesellschaft und bewahrte Schöpfung steht und das zeigt: Jugendverbände setzen innovatorisches Engagement frei und sind ein lebendiger Teil – Initiative und Bewegung – nicht nur der Kirche, sondern auch für die Gesamtgesellschaft.

Mit der Jugend Kirche werden

„Die Jugend ist das Rückgrat der evangelistischen Arbeit der Kirche.“
„Die Kirche vertraut auf die Jugend.“

Aus dem Inhalt:

Gedanken zur Jahreslosung 1989	1
Jugend und Kirche heute	2
Jugend und Politik: Ein Spannungsverhältnis mit ungewissem Ausgang	5
Zur Drogensituation in der Bundesrepublik Deutschland	8
Protestantische Profile: Dr. Maria Herr-Beck	10
Buchbesprechungen	11
Aus unserer Arbeit	12

Beteiligung und Mitarbeit in der Gemeinde	Lebensalter				
	14-24	25-34	35-49	50-64	über 65
keine Beteiligung	70%	78%	60%	58%	46%
Gottesdienstbesucher	13%	12%	20%	22%	26%
Teilnehmer an kirchlichen Veranstaltungen	2%	2%	6%	7%	13%
Teilnehmer an Chören, Gruppen und Kreisen	7%	2%	5%	5%	6%
aktiv im Gemein- dienst, Leitung und Gestaltung	7%	5%	9%	8%	9%

Quelle: J. Hanselmann (Hrsg.): Was wird aus der Kirche?, Gütersloh 1985, S. 222

Da die Jugend das gesellschaftliche und insbesondere das kirchliche Gefüge mit echter Lebenskraft erfüllt, tritt die Kirche vorrangig für die Jugendlichen ein“.

Wer spricht so über die Jugend? Es ist nicht der Anspruch oder die Selbstüberschätzung eines Jugendverbandes. Sondern das erste Zitat ist die Einschätzung einer internationalen Jugenddelegation durch Länder Afrikas. Das zweite Zitat, die vorrangige Option für die Jugendlichen, ist ein Wort der lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Puebla.

Wie kommt es zu dieser Einschätzung? Ist dort die Jugend anders als bei uns? Liegt es daran, daß dort 50% der Gesamtbevölkerung unter 30 Jahre ist, während bei uns Jugendliche zu einer Minderheit bis zu 9% herabsinken?

Oder liegt es vielmehr daran, daß die Kirche in der Jugend ein Symbol

ihrer selbst entdeckt, eine Kraft der Erneuerung. Jugendliche sind nicht Objekte, die integriert werden in ein vorgeprägtes Bild von Kirche, sondern sie sind Subjekte, die Jesus Christus als ihrem Befreier begegnet sind, Ostern erlebt haben und wiedergeboren sind zu Leben und Hoffnung (1. Petrusbrief 1, 3). Es ist also letztlich der Osterglaube selbst, der in Jesus Christus das junge Leben auferweckt sieht aus Erstarrung und Tod. Der Osterglaube ist das „Jugendelement“ der Kirche und prägt sie. Insofern ist christlicher Glaube ausgewiesen als „Jugendbewegung“. Christen – die Jugend der Zukunft. Sie tragen das Hoffnungsgut, das Erbgut der Hoffnung und der zukünftigen Welt Gottes in sich. Diese „Hoffnung ist Leidenschaft für das Mögliche“ (Sören Kierkegaard).

Jugend als Wesensmerkmal und als Altersgruppe durchdringt die Kirche. Zum Beispiel kann durch

das Gerechtigkeitsempfinden und den Betroffenheitsvorsprung der Jugend „Betroffenheit der Väter an den Problemen der Jugend ausgelöst werden“ (Landesbischof Johannes Hanselmann). Oder ich denke an das Märchen von „Des Kaisers neue Kleider“: Alle Welt fiel auf die beiden Weber herein, die immer mehr Geld und Seide verlangten – gleich manchen Planern der modernen Organisationen und Systeme – und behaupteten, die Kleider seien für jeden unsichtbar, der unverzeihlich dumm sei. Nur ein Kind sprach aus, was jeder bei dem Festzug des Kaisers in seinen „neuen Kleidern“ sehen konnte: „Er hat ja gar nichts an“.

Wir Erwachsene bedürfen der Unbekümmertheit solcher Kinder und der Sensibilität der Jugendlichen, damit wir mit ihnen die Widersprüche und Unstimmigkeiten entdecken, die Eigengesetzlichkeiten und den Trug mancher Fortschrittsideologie entlarven und der Sicherheit im Kleid der Abschreckung sagen: „Sie hat ja gar nichts an“ – zumindest kein Kleid des Lebens für Menschen, die leben wollen und millionenfach für die trügerische Sicherheit anderer verhungern. Oder wie soll denn sonst ein Kind auf die Nachricht reagieren, daß in 12 Monaten 128 Flugzeuge der Nato in einem Gesamtwert von 1,7 Milliarden DM verloren gegangen sind (Süddeutsche Zeitung vom 10. 12. 1988)?

Ich weiß, daß mit dieser als naiv zu apostrophierenden Argumentation keine Politik zu machen und auch keine Kirche zu leiten ist. Ich weiß aber, daß die Kirche Kinder und Jugendliche braucht, um den Anstoß des Evangeliums Jesu Christi von der „Umwertung aller Werte“ immer neu und aktuell zu spüren. „Wenn ihr nicht werdet wie Kinder, so werdet ihr nicht ins Reich Gottes kommen.“ Darin steckt das aufregende Programm, daß wir mit der Jugend Kirche werden, eine jugendliche Kirche, die aus der Lebensverheißung Gottes lebendig wird.

Anm.: Wilfried Beyhl ist Landesjugendpfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

Jugend und Politik: Ein Spannungsverhältnis mit ungewissem Ausgang

Christoph Böhr

Das Jahr 1989 beginnen wir mit einer Ausgabe, in der wir uns den Problemen Jugendlicher, deren Fragen an Kirche und Gesellschaft schwerpunktmäßig widmen wollen. Nach dem Jugendpfarrer der bayerischen Kirche äußert sich nun der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Christoph Böhr, zur nicht immer spannungsfreien Beziehung Jugendlicher zur Politik, wie sich auch in verstärkten Forderungen nach Mitwirkungsmöglichkeiten zeigt. Als weiteren Beitrag haben wir eine Stellungnahme des Drogenbeauftragten im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit zur alarmierenden Situation in der Suchtproblematik vorgesehen.

Wer heute nach der Situation junger Menschen in unserer Gesellschaft fragt, wird beim ersten Hinsehen ambivalente Antworten hören: Einerseits geht es der Jugend gut, vor allem materiell ist sie abgesichert, ein hoher Lebensstandard selbstverständlich, die beruflichen Chancen und Zukunftsaussichten – in aller Regel – sehr gut. Sieht man von dem Problem studierwilliger Studenten ab, die seit geraumer Zeit wegen der Überlast an unseren Hochschulen immer größere, inzwischen erhebliche Schwierigkeiten haben, dann zeichnet sich insgesamt ein zufriedenstellendes Szenarium.

Doch ist diese Ruhe trügerisch. Unterhalb der Oberfläche äußerlicher Ruhe und scheinbarer Integrationsbereitschaft junger Menschen entwickeln sich Einstellungen, die dringend unserer Aufmerksamkeit bedürfen. Hierbei ist vor allem an das Verhältnis der jungen Generation zur Politik, den politischen Parteien und den Politikern zu denken. Wenn es ein vorrangiges Problem gibt, dann ist es die Schwierigkeit, die diese Generation in ihrem Verhältnis zur Politik hat, daß Politik unter dem Gesichtspunkt von Glaubwürdigkeit in ihren Augen kaum bestehen kann.

Parteiprogramme und tatsächliches Handeln

Seit geraumer Zeit ist diese Entfremdung von der Politik zu beobachten. Viele Jugendliche gehen auf Distanz, wenn es um das Politische geht. Das hat viele Gründe. Eine Ursache liegt sicher in tatsächlichen oder vermeintlichen Skandalen, Grund für das Desinteresse ist sicherlich auch eine verbreitete Zufriedenheit mit den eigenen Lebensbedingungen. Und doch gibt es Gründe, die tiefer liegen: Viele Jugendliche empfinden politische



Christoph Böhr, Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands

Debatten als wirklichkeitsfern, sie sehen eine Kluft zwischen den politischen Programmen und dem tatsächlichen Handeln. Den Politiker betrachten sie als basisfern, der tatsächlichen Meinung der Bürger weit entrückt. Den Parteien kreiden sie an, daß Meinungsbildung nur noch von oben betrieben wird und der einzelne eine Chance der Mitwirkung nicht mehr besitzt.

Diese immer tiefer wurzelnde Entfremdung hat dazu geführt, daß bei der vergangenen Bundestagswahl nur noch 60 Prozent der unter 25jährigen ihre Stimme abgegeben haben. Junge Leute begehren heute kaum noch auf. Sie kehren den Parteien wie anderen Großorganisationen den Rücken, wollen mit Bürokratien und Apparaten nichts zu tun haben. Stattdessen engagieren sie sich lieber in Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen und ihrem privaten Lebensumfeld.

So sehr diese Entwicklung nach den 60er und 70er Jahren den Prägestempel einer Desillusionierung und damit einer Normalisierung trägt, so sehr für diese Tendenz der Abschied von einer utopisch überhöhten Politik und die erfreuliche Wiederentdeckung des Alltäglichen maßgeblich sein mag, so muß dieser Trend doch für die Parteien und deren Jugendorganisationen ein Alarmsignal sein. Denn der Glaubwürdigkeitsverlust, der die Politik schlechthin trifft, umfaßt Politiker aller Parteien, längst übrigens auch solche der Grünen.

Beteiligung an Entscheidungen

Man wird diese Entwicklung nur verstehen können, wenn man sich den Bewußtseinswandel klar macht, der in den letzten Jahren stattgefunden hat. Jugendliche heute wachsen in einer Gesellschaft auf, die weitgehend als säkularisiert gelten darf, in der allzu oft das Prinzip der Beliebigkeit herrscht. Sie leben inmitten einer verunsichernden Orientierungskrise, wie sie immer eintritt, wenn traditionelle Normen relativiert und außer Kraft gesetzt werden, aber neue Verhaltensorientierungen noch nicht entstanden sind.

Nur so und vor diesem Hintergrund ist die bei einer Reihe von

Jugendlichen zunehmende Neigung nach einem, wie ich es einmal genannt habe, neuen Fundamentalismus zu erklären. Wo alles und jedes relativiert wird, wo eine hypothetische Gesellschaft entsteht, wo ein Denken, das Verbindlichkeit, feste Überzeugungen, stabile Bindungen und unbestrittene Geltungen erschwert oder gar verhindert, um sich greift, suchen junge Menschen nach Orientierung und Maßstäben für die eigene Lebensgestaltung. Es entsteht ein Moralismus, wie wir ihn in vielen politischen Diskussionen der letzten Jahre immer wieder erleben konnten. An diesem Maßstab einer – oft so genannten – gesinnungsethischen Einstellung müssen der Politiker und sein Tun zerbrechen. Er, der auf Konsens hinarbeiten muß, der verpflichtet ist, den pragmatischen Kompromiß zu suchen, um unter demokratischen Bedingungen Mehrheiten von seinem Anliegen zu überzeugen, kann niemals vor der Maßstäblichkeit des Moralismus bestehen. Was immer er tut, er greift zu kurz, er verrät die Ideale – so wird ihm vorgeworfen – und verunglimpft die Moral.

Hier liegt einer der zentralen Gründe für die Sprachlosigkeit, die inzwischen das Verhältnis der jungen Generation zur Politik in weiten Teilen prägt. Diese Kommunikationsstörung hat nicht nur etwas mit einem unterschiedlichen Habitus zu tun, sie wurzelt nicht nur in einem durch den Generationenkonflikt belasteten Verhältnis, sie gründet zutiefst in unterschiedlichen Denkweisen. In den Köpfen junger Menschen sieht die Welt anders aus als in der Vorstellung des Politikers. Und beide Seiten sind oft genug bemüht, ihr Weltbild nur zu verteidigen – und sie vertun dabei die Chance, Gräben zu überbrücken, durch die sie voneinander getrennt werden.

Wer das – im Vergleich zur Eltern- generation – so ganz andere Denken junger Menschen ernstnimmt, wird leichter verstehen können, daß die Erwartungen der Jungen gegenüber politischen Parteien ebenfalls andere sind: Junge Menschen suchen heute vor allem Klarheit in der Programmatik der Parteien, in den grundsätzlichen Aussagen, sie erwarten Bekenntnisse, wo der Politi-



Bleiben Jugendliche auf einer Parteiveranstaltung eine Seltenheit?

ker nach dem Machbaren fragt. Sie suchen einen erkennbaren Zusammenhang zwischen grundsätzlichen Aussagen und praktischem Handeln. Sie lehnen den Pragmatismus, der unsere Politik bestimmt, ab. Sie weigern sich, alles und jedes dem Kompromiß unterzuordnen.

So richtig es ist, daß demokratische Politik immer nach dem Kompromiß verlangt, so richtig scheint mir aber auch: Der Kompromiß muß am Ende – und nicht schon am Anfang der Diskussion stehen. Zunächst muß die Partei wissen, was sie will – und erst dann kann in Regierung und Koalition nach einem Kompromiß gesucht werden. Diese Reihenfolge beachtet die Union längst nicht immer. Und wenn sie für junge Menschen wieder attraktiver werden soll, muß sie sich hier um größere Klarheit bemühen. Das bedeutet, daß wieder stärker Elemente einer Programmpartei sichtbar werden müssen. Die Union kann Profil gewinnen, wenn sie diskussionsfreudiger wird, große Parteitage der Eröffnung oder dem Abschluß einer wichtigen Debatte dienen – und nicht, wie bisher, beides auf einen Tag zusammenfällt. Die Menschen – und wahrlich nicht nur junge – wollen heute an Entscheidungen stärker beteiligt werden, sie suchen nach Möglichkeiten der Mit-

bestimmung. Nur eine Partei, die hier neue Möglichkeiten eröffnet, kann erfolgreich einem zunehmenden Ohnmachtsgefühl und politischen Desinteresse wehren.

Wunsch nach einer „Politik zum Anfassen“

Jugendliche heute sind begeisterungsfähig wie eh und je, auch für politische Ziele. Sie wollen aber nicht nur ein Rädchen in einem undurchschaubaren Apparat sein. Sie wollen etwas tun – und dabei den Sinn ihres Engagements unmittelbar nachvollziehen können. Sie wollen heute nicht nur diskutieren. Sie wollen ihr Engagement sichtbar werden lassen, sie verlangen nach konkreten Möglichkeiten der Mitarbeit, sie suchen oft eine Politik zum Anfassen. Gefragt sind konkrete Handlungsangebote, die Spontaneität zulassen und dem einzelnen die Möglichkeit geben, sich unvermittelt zu engagieren.

Persönliche Betroffenheit und Anteilnahme werden heute als Handlungsmotiv immer wichtiger, feste Strukturen hingegen als eingeengt empfunden. Die Sympathie, die gerade junge Menschen mit

dem Konkreten empfinden, muß Anlaß sein, stärker darüber nachzudenken, wie die Parteien ihre Arbeitsweise entsprechend umstellen können. Alle Versuche, in der Jungen Union in den nächsten Jahren Stil und Angebote zu verändern, galten vor allem diesem Ziel: eine Begegnung mit Politik so zu gestalten, daß sie Erlebnischarakter erhält. Wenn politisches Engagement letztendlich nur Enttäuschung zurückläßt, weil der eigene Beitrag als im Ergebnis verzichtbar erscheint, darf sich niemand wundern, wenn junge Menschen den Parteien den Rücken kehren. Gerade in einer hochkomplexen, differenziert und arbeitsteilig organisierten Gesellschaft ist es wichtig, Politik nicht nur als abstrakte, unverständliche und undurchschaubare Sache erscheinen zu lassen. Ein neuer Stil von Politik muß es darauf anlegen, durch die Mitarbeit in einer Partei Handlungskompetenzen zu erwerben und Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen.

Programmatische Substanz aktualisieren

Politische Jugendorganisationen müssen diesem Erfahrungsverlust besonders entgegensteuern. Dies gelingt nur, wenn sie es bewußt darauf anlegen, daß ihre Mitglieder erleben lernen, wie sehr der einzelne auch in einer Massengesellschaft und einer großen Organisation unverzichtbar ist. Und gleichzeitig muß ihnen klar werden, daß die Demokratie nicht nur von der Einzelpersonlichkeit lebt, sondern den Konsens der Mehrheit braucht.

Diese Einsicht fällt jungen Leuten heute schwerer als früher. Dies nicht zuletzt deshalb, weil der Konsens, der sich am Kompromiß orientiert, dem Bedürfnis nach Orientierung und perspektivischer Zielsetzung nicht ausreichend nachkommt. Gerade deshalb ist es so wichtig, daß Politik dieses Bedürfnis stärker aufgreift, indem sie sich mehr als bisher um eine Wertprofilierung bemüht. Die Union hat diese Notwendigkeit erkannt. Sie hat als führende Kraft in der Regierung auf dem Wiesbadener Parteitag begonnen, eine programmatische Erneuerung einzuleiten. Sie

tut dies nicht, um sich modernen Trends zu beugen oder dem Zeitgeist zu huldigen. Vielmehr stellt sie sich der Notwendigkeit, ihre programmatische Substanz – von Generation zu Generation – lebendig zu halten und im Blick auf die Zukunftsprobleme der 90er Jahre zu aktualisieren. Eine große Volkspartei, die im Konflikt der divergierenden Interessen einer fragmentierten Gesellschaft noch politischen Kurs halten will, muß von Zeit zu Zeit und immer wieder ihren Standpunkt bestimmen. Sie muß sich fragen, wo wir stehen und was wir wollen. Denn unser Problem heute ist in der Tat, wie Franz Böckle gesagt hat: „Je mehr uns Wissenschaft und Technik in den Stand setzen, zu erreichen, was wir wollen, um so hilfloser stehen wir vor der Frage, was wir eigentlich wollen.“

Für die Union bedeutet dies: Sie muß sich wieder auf ihre Wurzeln besinnen. Gerade in einer Zeit, in der die Gesellschaft zunehmend säkularisiert, ist es wichtig, die Fundamente einer christlichen Volkspartei bewußt zu halten. Nur auf der Grundlage eines Menschenbildes, wie die Union es vertritt, können Zukunftsfragen, die unsere Überzeugung von Wert und Würde des Menschen unmittelbar berühren, beantwortet werden. Zu denken ist hier an einen besseren Schutz des Lebens – von der Zeugung bis hin zur Sterbehilfe –, den verantwortlichen Umgang mit der Gentechnologie, Chancen und Risiken moderner biotechnologischer Errungenschaften.

Im Umgang mit diesen Fragen, die die Zukunft des Menschen wie seiner Umwelt nachdrücklich und nachhaltig bestimmen, kann die Union **beweisen, daß zwischen programmatischen Aussagen und praktischem Handeln keine unüberbrückbaren Differenzen liegen.** Dies gilt ebenso für andere Themen: Die gerechte Verteilung der Güter auf unserer Welt, die Überwindung des Nord-Süd-Konfliktes, der weltweite Kampf für die Menschenrechte und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen im Rahmen einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft.

Je dringender politische Entscheidungen auf diesen Gebieten

gefordert sind, um so wichtiger wird die Vergewisserung über die eigenen Grundsätze im Blick auf diese Entscheidungen. Dann wird sichtbar, daß mit dem „C“ im Parteinamen nicht eine historische Replik auf zurückliegende Gründertage unserer Partei gemeint ist, sondern christlich inspirierte und interpretierte Verantwortung in der Politik Fundament eines Handelns ist, das darauf abzielt, unsere Welt gerechter zu gestalten. Es kann kein Zweifel sein: Auf diese Weise kann die Union auch heute noch junge Menschen überzeugen und darüber hinaus einen Beitrag für die Glaubwürdigkeit von Politik leisten.

EAK – Schwarzwald-Baar

Vortragsveranstaltung:

BEGEGNUNGEN MIT LANDSCHAFTEN UND MENSCHEN IN DER DDR

Georg Rosenfelder, St. Georgen

Donnerstag, den
26. Januar 1989, 20 Uhr
Hotel Hirsch, St. Georgen

Unsere Autoren:

Staatsminister
Albrecht Martin, MdL
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
5300 Bonn 1

Wilfried Beyhl
Hummelsteiner Weg 100
8500 Nürnberg 115

Christoph Böhr
Annaberger Str. 283
5300 Bonn 2

Prof. Dr. med. Manfred Steinbach
Bundesministerium für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit
Kennedyallee 105-107
5300 Bonn 2

Dr. Maria Herr-Beck
Staatssekretärin
Bauhofstr. 4
6500 Mainz

Zur Drogensituation in der Bundesrepublik Deutschland – Entstehung, Bekämpfung und Verhinderung der Drogensucht

Manfred Steinbach

Alle Welt macht sich mit Recht Sorgen um die jetzt wieder anschwellende Drogensituation, aber schon hier sei vermerkt, daß über die Jahre hinweg der Alkohol mindestens ebenso viel, zahlenmäßig gar mehr Unheil geschaffen hat. Gleichwohl steht dieses Problem zu Unrecht beharrlich im Schatten der Drogen, sowohl in der Öffentlichkeit, wie in der Politik.

Das hat seinen sogar guten Grund, ist doch Alkohol seit den Anfängen unserer Kultur zu einem Teil derselben geworden, gehört dazu und findet über den Alltag hinaus in vielen, sehr hoch geschätzten und wohlgeleiteten Zeremonien seine Heiligsprechung. Dabei wird wie selbstverständlich unterstellt, daß in diesen Zusammenhängen immer nur der Alkohol in Maßen gemeint ist, in denen sogar therapeutische Qualitäten in Anschlag gebracht werden. In der Tat kommen, und insoweit rechtfertigend, sehr viele Menschen mit dem Alkohol sogar gut zurecht, genießen ihn zum Fest, regen sich jeweils damit an oder ab und werden keine Alkoholiker. Aber auf der anderen Seite sind viele Menschen vom Alkohol beherrscht, alkoholgefährdet oder alkoholkrank. Dabei hängt es von den zugrunde gelegten Maßlatten und Zählweisen ab, ob es viele Millionen, oder „nur“ 1 – 2 Millionen sind, und ob darunter 200 000, 500 000 oder gar 1 Million Jugendlicher sind, in vielen Fällen sogar Kinder. Durch diese Schätzunterschiede wird das Problem keineswegs geringer.

Den Angebotsdruck an Rauschgift zurückdrängen

Die Tatsache, daß sich bei der Betrachtung des Konsums, der Beherrschbarkeit, vielleicht auch der Wirkungen und Konsequenzen ge-

wisse Parallelen mit den weichen Drogen – Haschisch und Marihuana – zumindest anbieten, verleitet manche Zeitgenossen zur Forderung, diese Weichen rechtlich dem Alkohol gleichzustellen, „freizugeben“ und bestenfalls Jugendschutz stehen zu lassen. Gern führt man dabei ins Feld, daß zwar alle Heroinabhängigen anfangs mal weiche Drogen genommen haben, aber auch Alkohol, und schließlich würden längst nicht alle davon zu Heroinabhängigen.

Nun, darauf gibt es eine feste Antwort. Die weichen Drogen sind nach internationalem Abkommen, das gerade jetzt in Wien bekräftigt wurde, „nicht verkehrsfähige Substanzen“, und damit nicht freigebar. Darüber hinaus sind jene weichen Drogen aber nicht Bestandteil einer kulturhistorisch entstandenen Lebensweise hierzulande und haben daher auch im „Wahlvolk“ anders als Alkohol keine demokratische Mehrheit hinter sich, wie Befragungen der letzten Zeit erneut zeigen. Und warum sollte man zur Last Alkohol nun noch die der weichen Drogen zulassend hinzufügen und damit dieser die Möglichkeit zu einem bisher kulturfremden Mißbrauch öffnen.

Auffallend ist, daß die Forderung der Freigabe oft aus Kreisen kommt, die sonst jedes Schadensmolekül mit Vehemenz verfolgen, und von denen man eher auch Alkoholverbot als Haschfreigabe erwarten würde. Bei Rauschgiftdelikten hat die Justiz die Möglichkeit, zwischen Fällen zu unterscheiden, die gerade eine kleine Menge zum Eigenverbrauch bei sich haben, und jenen, die Verkaufsmengen im Gepäck führen, und auch zwischen dem, der dabei harte oder weiche Drogen besitzt, selbst wenn das Gesetz den Unterschied nach ausgiebiger Diskussion nicht in Paragraphen gegossen hat. Die Regie-

rung ist in ihren Appellen bemüht, hier eine einheitliche Rechtsprechung zu erreichen und die sozialen Chancen des Betäubungsmittelgesetzes zu nutzen.

Wie unterschiedlich Alkohol und die diversen Drogen auch immer sein mögen, am Ende machen sie den Menschen oft schon in äußerst kurzer Zeit kaputt, – obwohl sich der Konsument meist etwas ganz anderes versprochen hat, nämlich Hilfe aus objektiven und subjektiven Nöten. Kaputt, das ist fast immer Konflikt bis Ausschluß aus der Familie, auf alle Fälle Arbeitslosigkeit, soweit sie nicht schon zur Ausgangslage gehörte, zur Sucht noch zusätzliche Krankheiten, Depressionen, Verelendung und die Gosse – Tod in der Bahnhofstoilette oder ganz jämmerlich auf einer letzten Krankenstation.

Mit der Ausnahme von Alkohol war Sucht zuvor bei uns im wesentlichen eine Erscheinung bei Ärzten oder Apothekern, Menschen, die durch Beruf an Morphium und Ähnliches herankamen – in den 20er Jahren gab es schon mal eine Kokainwelle der Schickeria hierzulande. Erst mit der Öffnung der Welt, dem internationalen Aufbruch von Handel, Touristik und Personen- wie Güterverkehr, kamen die Angebote en gros aus Nahem und Fernem Osten, aus Amerika hier an – und überall ist mit labilen, gefügigen, verführbaren Menschen mit ihren Ängsten, Sorgen und Konflikten zu rechnen, wenn nur Geld im Umlauf ist und eine steife Währung dahintersteht. DM ist mehr gefragt als DDR-Mark, Rubel oder Sloty. Im übrigen sei hinzugefügt, daß der Süchtige heutzutage in hohem Maße polytoxikoman ist, d. h., er nimmt, was er bekommt: Hasch und Marihuana, er trinkt Alkohol und raucht, er nimmt Heroin und Kokain und beschafft sich auch Amphetamine und deren Abkömmlinge, hängt zudem an Medikamenten.

Präventionsstrategien sind nötig

Wenn auch jeder der in Umlauf befindlichen Stoffe seine eigenen Merkmale hat, so gibt es doch gewisse durchgehende Rahmenbedingungen für die Entstehung der Süchte, an denen auch die Bekämpfung ansetzen muß. Es gilt, im Innern die sozialen Bedingungen, womit nicht zunächst Geld gemeint ist, so zu stabilisieren, daß die Widerstandsfähigkeit vor allem der Kinder und Jugendlichen gestärkt wird. Aber auf der anderen Seite ist es auch zwingend, die von manchen bescholtenen repressiven Drogenbekämpfungsmaßnahmen auszubauen, d. h. mit hohem Druck und auch hohen Investitionen den Abbau in den Mutterländern (Mohn, Koka, Hanf) zu tilgen, – Tomaten statt Mohn; d. h. auch: stärkere Kontrolle auf den diesbezüglichen Handels- und Schmuggelwegen durch Zoll und Polizei, Entsprechendes auch in der inländischen Händlerszene vor dem Hintergrund des Betäubungsmittelgesetzes und seiner Sanktionen.

Drogenkonsum bedroht nicht nur die Armen, die Unter- und Randschichten, wie man voreingenommen annehmen möchte. Es geht quer durch die Gesellschaft, und nicht wenige „Gutbürgerliche“ fielen aus allen Wolken, als die Sucht bei ihren Kindern einschlug. Es sind nicht nur die Kinder geschiedener Eltern, wie vor Jahren erste Statistiken andeuten mochten, auch die scheinbar intakte Familie bietet Zündstoff für die Anfälligkeit. Ganz entscheidend für die Stabilität der jungen Leute, für ihre in den letzten Jahren eher gefestigte Resistenz gegen die Verführung, wenn man das heraufgesetzte Alter des ersten Versuchs betrachtet, ist ihre gute Einbettung in ihre Primärgemeinschaften: Familie, Schule, Freundeskreis, Sportverein oder Chor usw. Die Sozialwissenschaft spricht von Sozialisation. Es geht um Vorbildfunktionen, daß Eltern, Lehrer und Übungsleiter ihnen nichts vorrauchen, ihnen nicht zugprosteten, als erschließe sich erst damit nun das Leben. Es geht um Gruppenzwänge – „wo du erst durch Mittrinken oder die gemeinsam gerauchte Haschisch-Zigarette in der Runde Gleichgesinnter anerkanntes Mit-

Sterbefälle aufgrund von Medikamenten- und Drogensucht in der Bundesrepublik Deutschland

	1983	1984	1985	1986	1987	1988*
Anzahl der Sterbefälle	260	213	207	203	276	660
Sterbefälle je 100 000 Einwohner	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	1,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Angaben beruhen auf amtlichen Veröffentlichungen

glied wirst, oft auch Mut bewiesen haben muß“. Es geht um **echte Bindungen mit den Grundpositionen von Vertrauen, Geborgenheit, Zugehörigkeit und Hingabe**, damit nicht Scheinbindungen und abwegige Gesellschaft an ihre Stelle treten. Und beinahe wie selbstverständlich kommen im Bündel der Rahmenbedingungen die Probleme der Zeit und ihre bewußtere Wahrnehmung dazu – was Familienfrust genannt wird, die zu strenge wie zu lasche Erziehung, niemand in der Familie hat wirklich Zeit für die Kinder, der Schulstreß, die Berufsprobleme und die Arbeitslosigkeit, die allgemeine existenzielle Verunsicherung mit ihren Trends zum Protest oder Ausstieg, – „es hat ja alles keinen Zweck“.

„Die Verführung“ zum Einstieg in den Drogenkonsum

Auf unterschiedlichste Weise erfolgt dann die Öffnung zur Drogenkarriere, an deren Anfang eine Verführung steht – für die jene genannten Konstellationen aber die Bahn ebnet.

Oft ist es nur jugendliche Neugier, die einen mal mitmachen läßt – und die glücklicherweise nicht immer gleich alle traurigen Konsequenzen haben muß, wenn es nicht gleich Heroin oder Kokain waren, oder Methadon. Aber so manch einer ist von bloßer Neugier her schließlich mit finsterner Konsequenz auf den Weg zum tödlichen Schuß gelangt.

Der eine sucht in der Öde seiner trüben Verstrickung eine schönere Welt im Rausch, der andere strebt dem Menschen wohl verschlossene überhöhte Erlebensbereiche an, wieder andere gehen bewußt

einen ruinösen Gang, weil sie dem Leben und seiner Perspektive nichts mehr abgewinnen können und wollen. Letzteres ist das einzige Zuverlässige aller Abhängigkeit, sie endet, wenn nicht rechtzeitig Hilfe kommt, gewiß im Ruin.

Pädagogische Konzepte und internationale Zusammenarbeit

Die Grundpositionen der sozialen Drogenbekämpfungsstrategie sind schneller und leichter aufgezehrt als durchgesetzt und durchgehalten. Sie fangen nicht erst in der Nähe des Drogenangebots und der unmittelbaren Verführbarkeit an, sondern gehören zur grundsätzlichen und schon frühen Lebensgestaltung, sie sind daher gar nicht spezielle Drogenbekämpfungsfakten, sondern solche der Psychohygiene. Vonnöten ist eine kind- und jugendgerechte Familie, nicht nur vater- und muttergerecht, eine attraktive und erfüllende Jugendarbeit mit ihren kulturellen und künstlerischen, spielerischen, sportlichen, werken oder geselligen Bindungsmöglichkeiten, auch politische Mitwirkungsmöglichkeiten; zur Konsolidierung gehören akzeptable Bildungs- und Ausbildungssysteme sowie anschließend möglichst verlässliche Verhältnisse in den Berufsfeldern. Für die Gefährdeten, Bedrohten und schon Betroffenen geht es dann um ein qualifiziertes Beratungs- und Betreuungswesen, wie es die Drogenprogramme von Bund, Ländern und Gemeinden vorhalten und auch weiter ausbauen werden.

Die Staaten der Welt sehen sich gezwungen, dem jetzigen neuen Angebotsdruck mit verstärkten Maßnahmen auf allen Ebenen ent-

gegenzutreten. Letztes markantes Beispiel dafür ist die jetzt **eben beschlossene Drogenkonvention der überwiegenden Zahl der Länder dieser Welt**. Ausrotten oder auf unbedeutendes Maß zurückdrängen wird man das Problem auf absehbare Zeit nicht können. Es ist schon viel erreicht, wenn man die

immer wieder nur mit Mühe erreichbare Balance zwischen Angebot und Konsum auf ein niederes Niveau drücken kann. Pessimisten und Skeptiker fürchten jetzt aber den Aufstieg dieser Balance auf ein höheres Niveau; manche halten den Kampf gegen die Drogen gar für verloren. Wenn man andererseits

von Staaten mit fast staatlicher Duldung und personaler Involviertheit hört, Schwerpunktsstaaten der Drogenproduktion, wundert man sich beinahe, daß in einer politisch boykottfreundlichen Welt noch nie solche Staaten mit Boykott bedroht waren, in der UN noch keine Ächtungen anstanden.

Protestantische Profile

Maria Herr-Beck

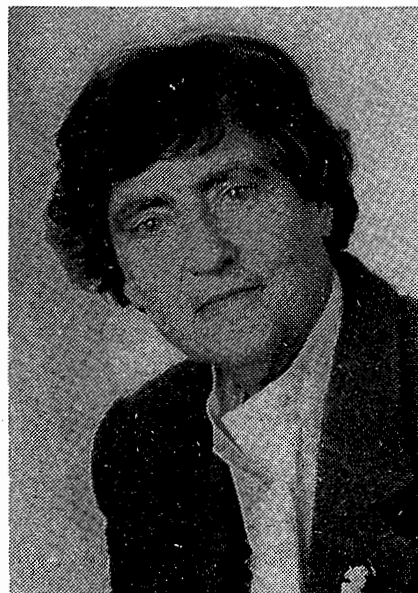
Für die heutige Ausgabe erläutert Frau Dr. Herr-Beck, rheinland-pfälzische Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Familie, ihren Bezug zu Religion und Glauben.

Meine Zusage, der „Evangelischen Verantwortung“ einen Beitrag über mein „Verhältnis zu Religion, Kirche und Glauben“ zu schicken, kam spontan. Erst beim Formulieren wird deutlich, daß dieses Vorhaben größere Schwierigkeiten bereitet als die Darlegung einer politischen Haltung oder Meinung. Die Frage rührt an tiefere Schichten menschlichen Daseins, die als eine Art Grundmuster des Lebens zwar im täglichen Denken, Handeln und Tun stets tragend und prägend gegenwärtig, aber durch manch Vordergründiges oft überlagert ist und sich sprachlicher Griffigkeit entzieht. Formulierungen zum eigenen Verhältnis zu Glauben und Religion sind nicht abrufbar vorhanden, sie werden normalerweise von niemandem „abgefragt“, und es besteht eine gewisse Scheu, eine, das innere Leben speisende Quelle durch laute Worte zu gefährden.

Mit diesem Versuch, die Problematik verbaler Darstellung zu umschreiben, wird wohl deutlich, daß der Bezug zu Religion und Glauben für mich untrennbar mit meinem Leben verbunden ist. Die Frage nach dem Ugrund unseres Daseins hat mich seit Kindertagen nicht losgelassen. Die christliche Antwort hierauf in der kraftvoll poetischen Sprache lutherischer Bibelübersetzung ist für mich Lebenskraft. Fragen

des Hintergrundes der Überlieferung, der Bedeutung, der Auslegung, eröffnen ein weites geistiges Feld, für das bei meiner anderweitigen Beanspruchung weniger Zeit bleibt, als ich gerne dafür hätte.

Mitten in Ihre Fragestellung haben Sie zwischen „Religion“ und „Glaube“ die „Kirche“ gestellt. Ich möchte Sie gerne da herausnehmen und in einem eigenen Absatz behandeln. Denn in diesem Bezug geht es schon „weltlicher“ zu.



Dr. Maria Herr-Beck, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Familie in Rheinland-Pfalz

Zunächst: Kirche ist unverzichtbar für Erhalt und Tradierung des Glaubens, auch weil menschliche Gemeinschaft zum Glauben dazugehört.

Aber: Die Erscheinungsformen von Kirche sind und werden unvollkommen bleiben, sie sind letztlich nicht ganz zu lösen von bei allem Bemühen und auch gesegnetem Tun übrig bleibender Menschlichkeit. Streit und Irrtum über den richtigen Weg und die richtige Art und Weise von kirchlichem Handeln müssen wohl weiterhin als uns aufgegebene Last und vielleicht auch als Chance immer neuer Besinnung getragen werden.

Hier gibt es jedoch, so meine ich, Grenzen. Sie werden heutzutage deutlich an der Frage „Politik in der Kirche“. Die Verkündigung des Evangeliums steht immer in einem Bezug zu der Zeit, in der es verkündet wird, weil wir uns nicht loslassen können von dem Zeitgeschehen, das unser Denken beeinflusst. Unser Verständnis, die Schwerpunkte, die wir setzen, sind nicht zu trennen von unserem bis zu einem gewissen Grade durch unsere Zeit beschränkten Verstand. Dies gilt auch für unsere heute aus dem Evangelium heraus begründete Grundhaltung z. B. zum Frieden, die ja von der Haltung der Christen früherer Jahrhunderte erheblich abweicht.

Streit gibt es über die Frage, ob wirklicher Friede nur da herrscht, wo die Menschen in Freiheit leben, und über den erfolgversprechendsten Weg, Frieden zu erhalten, z. B. mit oder ohne Waffen, Soldaten usw. Ich meine, das Ziel ergibt sich aus unserem heutigen Verständnis vom Evangelium. Der Weg ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Letztere gehört nicht in die kirchliche Verkündigung, sondern allein in die Politik, die für Beurteilung und Abwägung informierter, geübter und kompetenter ist.

Wirklich unerträglich wird Kirche aber, wenn sie von der Kanzel oder in Verlautbarungen mit dem Anspruch auf Absolutheit und unter Verteufelung Andersdenkender in dieser und anderen, wenn Sie so wollen „kleineren“ tagespolitischen Fragen auftritt.

Ich meine also: Kirche ist notwendig. Oft leide ich an ihr und in ihr und doch bleibe ich ihr treu.

Buchbesprechungen

Klaus Lefringhausen, Wirtschaftsethik im Dialog, Radius Verlag, Stuttgart 1988

In 27 fiktiven Briefen zwischen dem Großvater (Aufsichtsratsvorsitzender), dem Vater (Pfarrer) und dem Sohn (Mitglied einer Aktionsgruppe) werden Meinungen zu Kern- und Streitfragen der Wirtschaftsethik behandelt. Alle drei Positionen bewegen sich – sind also nicht die von Standpunkt-Stehern – und spiegeln Erlebtes und Erlittenes aus schwierigen Bemühungen wider, die dem Anspruch von Dialogen mit all ihren kognitiven und emotionalen Prozessen gerecht werden.

Durch die literarische Form des Briefwechsels ist es möglich, die ganze politische Breite der Diskussion einzufangen und die Positionen so aufeinander zu beziehen, daß nachvollziehbare Lernprozesse sichtbar werden.

Dieses Buch ist nicht nur Pflichtlektüre für den, der sich um das spannungsgeladene Verhältnis von Kirche und Wirtschaft sorgt, sondern darüber hinaus auch für den interessierten, dem es um eine politische Dialogkultur bei kontroversen Themen geht.

Wohlthuend ist die anregende Sprache, fesselnd ist die Zusammenschau politischer, theologischer und ökonomischer Aspekte und befreiend wirkt die Offenheit nach vorn, die sich aus dem gemeinsamen Lernen ergibt.

Peter Beyerhaus / Walter Künneth (Hg.), „Gewalt in Jesu Namen?“, Verlag der Evangelisch-Lutherischen Gebetsgemeinschaften und Verlag der St.-Johannis-Druckerei, Bielefeld und Lahr 1987, 192 Seiten, kart.

Unter dem Titel „Gewalt in Jesu Namen?“ erscheinen die Referate, die sich auf dem Frühjahrskonvent 1987 der Konferenz Bekennender Gemeinschaften, einem Zusammenschluß konservativer Gruppen innerhalb der EKD, gehalten wurden. Es ist das Anliegen sämtlicher in diesem Berichtsband zu Wort kommenden Persönlichkeiten, die teilweise internationalen Bekanntheitsgrad haben – außer den beiden Herausgebern sind dies: Otto Betz, Karl Hauschildt, Klaus Motschmann, Ernst Volk und der südafrikanische Bischof Isaac Mokoeno – eine der Wahrheit verpflichtete Darstellung der Situation des Rassenkonflikts im südlichen Afrika zu geben. Betrachtet man die Intention der Referate und des sie ergänzenden Do-

kumentationsmaterials im gesamten, so läßt sich feststellen, daß nicht bei einer schonungslosen Analyse der Lage stehen geblieben wird, sondern ein am Evangelium orientierter Ausweg aus der zugegebenermaßen schwierigen Situation im südafrikanischen Rassenkonflikt gewiesen wird. Bei diesem Dokumentationsband handelt es sich um einen „dem Evangelium verpflichteten Beitrag zur Verständigung“ (P. Beyerhaus im Vorwort S. 9).

Der den „angefochtenen und um des Evangeliums willen leidenden Mitchristen in Südafrika“ gewidmete Berichtsband will ein Korrektiv zu der allgemein herrschenden, durch die Medien verbreitete südafrikanische „Kairos-theologie“ beeinflussen Meinung zum Rassenkonflikt im südlichen Afrika sein. Die in diesem Dokumentationsband gesammelten Referate erweisen diese „Kairos-theologie“ als eine vom Evangelium her zu verwerfende Irrlehre, da sie durch die antichristliche marxistische Ideologie verfremdet ist. Darüber hinaus erweist der Band, daß die „Kairos-theologie“ nur von einem Teil der dortigen schwarzen Bevölkerung vertreten wird.

Es ist wünschenswert, daß dieser preisgünstige Berichtsband in Kirche und Öffentlichkeit viel Beachtung findet, denn er vermag dazu beizutragen, die in einseitiger Weise beeinflusste Sicht der öffentlichen Meinung zum südafrikanischen Rassenkonflikt zu desillusionieren und zu entzerren.

Walter Rominger

Hans Waldenfels (Hrsg.), Lexikon der Religionen. Phänomene – Geschichte – Ideen. Begründet von Franz König. Verlag Herder Freiburg – Basel – Wien, 2. Aufl. 1988

Überall artikuliert sich ein immer stärker werdendes religiöses Interesse. Sogar die Religionen selber bewegen sich mehr und mehr aufeinander zu. Um sich ein Urteil über diese Phänomene zu bilden und ihre Tragweite für die eigene Religion zu erkennen, sind fundierte religionswissenschaftliche Kenntnisse notwendig. Gerade daran mangelt es aber vielfach bei evangelischen Theologen. Dies hat m. E. eine Hauptursache darin, daß v. a. Karl Barth und Emil Brunner mit religionswissenschaftlicher Ignoranz eine vermeintliche Exklusivität christlicher Offenbarung gegenüber den Religionen schlechthin behaupteten.

Während die konstruktiven Versuche zu einem interreligiösen Selbstverständnis der christlichen Religion eines Ernst Troeltsch, Rudolf Otto, Paul Tillich, Friedrich Heiler und Mircea Eliade ungehört blieben und stattdessen Karl Barth zum evangelischen Alibi religionswissenschaftlicher und religiös-symbolischer Enthaltsamkeit einerseits und kirchlichem Dogmatismus andererseits avancierte, machte derweil die katholische Theologie – seit dem II. Vaticanum auch offiziell – das Christentum in eigenen fundierten Forschungen für die Religionswissenschaft wieder salonfähig. Ein gelungenes Ergebnis dieser Bemühungen liegt mit dem 1988 bereits in 2. Auflage erschienenen „Lexikon der Religionen“ vor.

Dieses von dem namhaften Bonner Fundamentaltheologen und Religionswissenschaftler Hans Waldenfels S. J. verantwortete Werk sieht sich in der Nachfolge des schon 1956 verlegten und von dem Kardinal und Wissenschaftler Franz König herausgegebenen „Religionswissenschaftlichen Wörterbuch(s). Die Grundbegriffe“. Mit seinem Vorläufer hat das Lexikon nicht nur sein wissenschaftliches Niveau der 125 z. T. bedeutenden Fachgelehrten gemein, darüber hinaus ist es durch seine verständliche Darstellungsweise auch dem nichtwissenschaftlichen Publikum zugänglich gemacht. Auf relativ engem Raum bieten sich dem interessierten Leser eine Fülle von Stichworten mit breitester Themenabdeckung: So finden sich neben religionspezifischen Phänomenen auch zahlreiche Blockartikel, in denen aus der Sicht der verschiedenen Religionen zu gemeinsamen Grundfragen Stellung bezogen wird, die den qualifizierten Rahmen für den Dialog der Religionen bilden können. Das Buch scheut aber auch nicht den Umgang mit religiösen und gesellschaftlichen Problembereichen wie z. B. „Befreiungstheologie“, „Frieden und Krieg“, „Ökologie und Religion“ bis hin zu „Sekten“, „Esoterik“, „Okkultismus“, „Theosophie“ und „New Age“, ohne dabei den Anspruch auf ein abschließendes Urteil zu erheben.

Für den weiteren Horizont des Lexikons spricht auch die Erörterung feministischer Anliegen in der „Feministischen Theologie“, „Hexenverfolgung“ und „Matriarchat und Patriarchat“, auch wenn „Eva“ immer noch durch den Querverweis auf „Adam“ scheinbar hinreichend gewürdigt sein soll. Mit dieser und wenigen anderen

Ausnahmen sind die Querverweise aber für die Sichtung von Zusammenhängen und Gemeinsamkeiten der Religionen sinnvoll ausgewählt. Leider fehlt noch eine Gesamtübersicht über Stichworte und Querverweise. Eine hilfreiche Ergänzung hingegen sind die jedem Artikel angeschlossenen Literaturhinweise, die, obwohl häufig sehr knapp gehalten, zu vertiefendem Selbststudium einladen.

Alles in allem ist das Waldenfels-Lexikon trotz oder gerade wegen seiner nicht verleugneten röm.-katholischen Provenienz aus eingangs erwähnten Gründen für evangelische Christen ein unverzichtbarer Ratgeber für den Dialog des Christentums mit den anderen Religionen.

Christoph Mezger

Birner/Em/Fischbach/Kraeter/Pathe (Hrsg.), Wirtschaft auf dem Kirchentag, 140 Seiten, Deutscher Instituts-Verlag, Köln

In Kreisen der Wirtschaft ist man immer mehr davon überzeugt, daß es notwendig ist, sich dem Dialog mit den Kirchen und ihnen nahestehenden Gruppen zu stellen. Deutlich wurde dies besonders auf dem 22. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Frankfurt am Main. Viele hundert Vertreter der Wirtschaft engagierten sich auf dem „Markt der Möglichkeiten“ in Werkstätten oder Podiumsdiskussionen. Nicht immer gelang es ihnen, mit Sachargumenten ernstgenommen zu werden und diesen Geltung zu verschaffen. Die Vertreter der Wirtschaft fanden sich in der Rolle der „Exoten“ auf dem Kirchentag, bewiesen aber Gesprächsbereitschaft in allen wirtschafts- und gesellschaftspoliti-

schen Fragen. Besonders die „Kontaktstelle der Wirtschaft“ hat sich als eigenständiges Forum für Gespräche und Informationen bewährt.

Einen wesentlichen Ausschnitt dessen, was die Vertreter der Wirtschaft während dieser Tage leisteten, dokumentiert das Buch „Wirtschaft auf dem Kirchentag“. Dabei stehen Themen aus den Bereichen: Arbeit, Umwelt, Wissenschaft und Dritte Welt im Vordergrund. Gleichzeitig ist dieses Buch aber auch als ein Appell an die in der Wirtschaft Verantwortlichen, sich auf dem kommenden Kirchentag 1989 in Berlin noch mehr zu engagieren, damit die positiven Ansätze, wie sie in Frankfurt sichtbar wurden, nicht verlorengehen. Die Christen in der Wirtschaft könnten das häufig allzu einseitige Erscheinungsbild solcher Kirchentage in der Öffentlichkeit ein wenig zurechtrücken.

Aus unserer Arbeit

Die Theologie Karl Barths und ihre politische Wirkung

Bonn. Die Frage, in welcher Weise die Kirche politisch tätig werden darf, stand im Mittelpunkt einer gemeinsamen Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn. Anlaß war der 20. Todestag des reformierten Theologen Karl Barth (1886 – 1968) am 10. Dezember. Der Schweizer war der führende Theologe der Bekennenden Kirche im Dritten Reich. Später trat er als Kritiker der Politik Konrad Adenauers hervor, beispielsweise der Wiederbewaffnung und der Westintegration der Bundesrepublik. Auf der EAK-Veranstaltung warf der Augsburger Theologe **Prof. Friedrich Wilhelm Graf** Barth eine „Theologisierung des Politischen“ und ein „sozialromantisches, tendenziell antidemokratisches Politikverständnis“ vor. Deshalb argumentierten seine Anhänger „im Gestus frommer Unbedingtheit“ und setzten Kritiker ihrer politischen Einstellungen „unter religiösen Bekenntniszwang“. Graf kritisierte „das Pathos, mit dem Barth und seine Anhänger immer vom ‚Bekennen‘ und vom ‚Bekenntnis‘ gesprochen haben“. Ferner habe er den innerkirchlichen Pluralismus immer negativ bewertet und eine „politische Einheitlichkeit der Kirche“ eingeklagt.

Demgegenüber unterstrich der Paderborner Theologe **Prof. Michael Weinrich** die Notwendigkeit einer poli-



Blick auf das Podium

v. l.: Albrecht Martin, Dr. Jörg D. Gauger, Prof Friedrich W. Graf, Prof. Michael Weinrich

tischen Verbindlichkeit der Kirche, etwa in der Friedensfrage. Barth habe zu Recht auf die Versuchung der Kirche hingewiesen, „nur ja nicht zu eindeutig Position zu beziehen“, um die Einheit nicht zu gefährden. Weinrich: „Die stumme oder auch nur zögernde und auf sogenannte Ausgewogenheit bedachte Kirche tut unversehens ihren Dienst an der Seite der Baals-Priester auf dem Berg Karmel.“ (idea)

Freiheit wichtigstes Ziel

Bayreuth. Auf der Bezirksversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU Oberfranken in Bayreuth stellte **Franz Ludwig Graf Stauffenberg**, Ab-

geordneter im Europäischen Parlament, in seinem Referat „Freiheit in Europa – eine christliche Verantwortung“ die Bedeutung des Christentums in der Politik heraus. Bei den anschließenden Neuwahlen der Vorstandschaft wurde erwartungsgemäß der bisherige Bezirksvorsitzende **Franz-Dieter Bley** wieder in seinem Amt bestätigt.

Stauffenberg machte seinen Zuhörern, unter ihnen als Versammlungsteilnehmer Bundesminister **Dr. Jürgen Warnke**, klar, wie sich ein richtiger Christ in der Politik zu verhalten habe. Dabei betonte er, daß der politisch tätige Christ immer für seinen Nächsten da sei und ihn bei seinen Entscheidungen berücksichtigen solle. Christliche Politik dürfe aber, so Graf Stauffenberg, nicht dazu führen, alles widerspruchsflos zu ertragen.

Im Zusammenhang mit der Öffnung des Ostens, insbesondere der UdSSR, vertrat Graf Stauffenberg die Ansicht, daß es unbedingt nötig sei, den anderen in seinen Bestrebungen ernst zu nehmen.

Am Ende seines Referats ging Graf Stauffenberg auf die Rolle der christlichen Deutschen in einem gemeinsamen Europa ein. Das Streben nach Freiheit sei dabei am wichtigsten, denn eine Unterstützung von unterdrückten Mitmenschen in totalitären Staaten könne nur aus Ländern kommen, in denen Freiheit herrscht. Deswegen sei das Streben nach Freiheit, das auch in der Verantwortung eines christlichen Politikers liegt, keine egoistische Aktion, sondern es helfe auch den unterdrückten Mitmenschen.

Die Unterstützung einer Staatsform hängt vom Verhalten aller Menschen ab

Nienburg. Überwiegend Männer waren der Einladung des Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises im CDU-Kreisverband Nienburg, **Gernot Pit-tius**, in die Bürgerhalle gefolgt. Referent des Abends war Generalmajor **Adalbert v. der Recke**, Befehlshaber im Wehrbereich II und langjähriges Mitglied der Synode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. In Nienburg ist er als früherer Kommandeur der Panzerbrigade 3 bekannt.

Die Teilnahme vieler Pastoren und Pfarrer sowie von Landrat und stellvertretendem Bürgermeister an dieser Veranstaltung, in der Probleme des Glaubens und der Demokratie diskutiert wurden, spricht für ihre Bedeutung.

Generalmajor v. der Recke vertrat die Auffassung, daß es über die Meinung, die Christen hätten in der Welt eine Mission zu erfüllen, unterschiedliche Auffassungen gebe. Klar unterschied der Referent in seinem Vortrag zwei Themen: Die Evangelische Kirche und die Politik einerseits. Die Evangelische Kirche und der Wehrdienst andererseits.

Christen seien eine Minderheit – sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der Welt. Sie ständen immer in der Gefahr, sich selbst zu überfordern. Von der Politik allein jedoch seien Lösungen nicht möglich. Als zwei Persönlichkeiten, die sich mit diesen Schwierigkeiten befaßten und auseinandersetzten, nannte der Referent Helmut Schmidt und Franz Alt.

Die Kirche dürfe sich aber nicht einschüchtern und sich nicht den Mund verbieten lassen. Sie dürfe sich weder

ausgrenzen, noch dürfe ein Christ als „Unperson“ behandelt werden. Die Unterstützung einer Staatsform hänge vom Verhalten und von der Würde aller seiner Menschen ab. Die Denkschrift von 1981 „Frieden wahren und erneuern“ mit der Chance der Verwirklichung christlicher Grundsätze sei auch heute noch gültig. Nach wie vor gehe es darum, gewaltfreie Konfliktbewältigungen auszubauen.

Was den Wehrdienst betreffe, so bejahe die Kirche ihn als ethisch vertretbar. Abrüstung und Einsicht seien keine Garantie allein für den Frieden – nicht für Gottesfrieden – nicht für Weltfrieden. Die Gegenwart der Welt gebe dafür täglich Anschauungsunterricht. Die Entscheidung eines jungen Menschen für oder gegen den Dienst mit der Waffe könne ethisch gleichwertig sein.

Europa muß auch Kirchen bewegen

Nagold. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Nagold hatte Kirchenrat **Albert Roth** aus Stuttgart zu Gast. Als Beauftragter der Württembergischen und Badischen Landeskirche beim Landtag und bei der Landesregierung sprach er über das Thema „Kirche und Politik“. **Ulrich Eißler** als Vorsitzender begrüßte die Zuhörer und eröffnete den Abend mit einer kurzen Betrachtung zur Tageslosung aus Psalm 119, Vers 34.

Kirchenrat Roth, vom Evangelischen Oberkirchenrat in Stuttgart eigens für seine Aufgabe freigestellt, gab in anschaulicher und lebendiger Weise einen knappen, aber interessanten Überblick über sein Arbeitsfeld. Das „Evangelische Büro“ beim Landtag wurde schon vor über elf Jahren eingerichtet und soll ein Angebot der Kirche zum Gespräch darstellen. Damit wolle man eine Brücke zum Politiker bauen. Landtagspräsident Schneider, selber Mitglied im Vorstand des württembergischen EAK, habe in diesem Zusammenhang von der „Diakonie am Politiker“ gesprochen. Mit dem „Evangelischen Büro“ würde also keine kirchliche Instanz geschaffen, die selber aktiv in der Politik mitwirkt. Seine Aufgabe ist mehr menschlicher und seelsorgerlicher Art.

Eine besonders wichtige Aufgabe sieht Kirchenrat Roth im Kontakt zum Europäischen Parlament in Brüssel, wo die Kirchen mit dem ökumenischen Sekretariat ein Beratungsgremium geschaffen hätten. Die Gemeinsamkeit europäischer Fragen im 1992 beginnenden großen europäischen Markt müsse auch die Kirchen bewegen. Große Aufgaben stünden da an, von

der Bewahrung der Umwelt bis zur Herstellung ausgeglichener und gerechter Lebensverhältnisse (arme Agrarstaaten – reiche Industrieländer).

Vielseitige Arbeit der Diakonie

Pinneberg. Aus Anlaß des 100-jährigen Bestehens des Gnadauer Verbandes führte der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Kreis Pinneberg ein Informationsgespräch mit Vertretern der Gemeinschaftsverbände im Gnadauer Verband, die im Kreis Pinneberg ansässig sind.

Gemeinschaftsprediger und Missionsdirektor **Siegfried Hoffmann** von der Großstadt-Mission Hamburg-Altona schilderte, wie im Jahre 1888 im Dorf Gnadau bei Magdeburg, einer Kolonie der Herrenhuter Brüdergemeinde, eine Glaubenskonferenz stattgefunden hat, auf der Theologen, Prediger, Laien und Mitglieder der Inneren Mission den Verband gründeten. Man glaubte damals das Volk zusammenrufen zu müssen, um den Abfall von Moral und Sitte abzufangen.

Hoffmann: „Wir wollen den individuellen Glauben wecken und die Bibel wieder auf den Tisch bringen. Die Mitglieder des Gnadauer Verbandes sind entschieden gläubige Christen, die sich in ihrer Predigt stark an die freie Art der Evangeliumsverkündigung anlehnen“.

Hoffmann hob hervor, daß die Gemeinschaftsverbände im Gnadauer Verband Teil der verfaßten Kirche sind, deren Mitglieder sich in den Kirchengemeinden engagieren, einzelne den Kirchenvorständen und den Synoden angehören. Der Gnadauer Verband ist ein freies Werk in der Evangelischen Kirche Deutschlands.

Als Frau gegen die Familie?

Überlingen. „Gleichberechtigung der Frauen – andere reden davon und fassen Beschlüsse darüber, wir praktizieren sie.“ So könnte der neugewählte Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU im Bodenseekreis seine ersten beiden Sitzungen charakterisieren, die unter der tatkräftigen Leitung der Vorsitzenden, Schulamtsdirektorin **G. Fleischer**, Tettnang, stattfanden. In den beiden Sitzungen wurde das Arbeitsprogramm des kommenden Jahres beschlossen. Hauptthema der Arbeit wird die Zukunft der Familie und die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft aus evangelischer Sicht sein.

Bundesrepublik – Einwanderungsland?

Worms. Die Bundesrepublik Deutschland, eines der am dichtesten besiedelten und entsprechend belasteten Länder der Erde, ein Einwanderungsland? Bislang hatten die Bundeskanzler sowohl der CDU als auch der SPD die Bürger stets beruhigt, daß dies nicht der Fall sein. Die Zahlen jedoch, die **Johannes Gerster**, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag, nun dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU (EAK) im gutbesetzten Alpensälechen des Festhauses vortrug, sprechen eine andere Sprache.

Nach Gersters Angaben lebten 1987 4,63 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik. Wenigstens jeder vierte von ihnen stammt aus einem Land der Europäischen Gemeinschaft, nimmt also die Freizügigkeit der EG für sich in Anspruch. Die restlichen Ausländer kommen aus Drittländern; etwa eine Dreiviertelmillion davon sind Flüchtlinge bzw. Asylbewerber.

Wie der Abgeordnete erläuterte, veränderte sich in den 80er Jahren das Verhalten der ausländischen Arbeitskräfte aus Nicht-EG-Staaten. Immer weniger von ihnen wollten in ihre Heimatländer zurück, und immer mehr konnten so länger in der Bundesrepublik leben, daß eine Einbürgerung möglich sei. Aber dazu seien nur relativ wenige von ihnen bereit. Dadurch entstünden Probleme, die politisch gelöst werden müßten.

Tiefgehendes Nachdenken über grundlegende Probleme jenseits von tagespolitischen Aktualitäten ist eine der wichtigsten Aufgaben der EAK. So sah sich Johannes Gerster schnell in eine lebhafte Diskussion verwickelt, die vielfach von der Sorge um die Erhaltung des eigenen kulturellen Umfeldes geprägt war. Warnend wurde auf die Stadt Frankfurt verwiesen, wo der Ausländeranteil mittlerweile bei 25 Prozent liege.

Auf keinen Fall – darüber war sich Gerster mit seiner Diskussionsrunde einig – dürften die Aussiedler aus Rußland und den anderen Ostblockstaaten als Ausländer angesprochen werden. Hier handele es sich um Deutsche, die teilweise sehr lange auf ihre Ausreise hätten warten müssen, die sich mit unserem Staat und Volk völlig identifizierten und nun ihren Beitrag leisten wollten.

Die Schule muß Werte vermitteln

Balingen/Albstadt/Hechingen. „Wir müssen den jungen Menschen eine Grundhaltung mitgeben, die sie befähigt, ihr Leben zu bejahen und der Zukunft hoffnungsvoll entgegenzusehen.“ Dies betonte die Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Sport, **Dr. Marianne Schultz-Hector**, bei der Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU zum Thema „Bildung für morgen – Christliche Ethik und gesellschaftlicher Wandel“ in der Balingener Stadthalle.

Die Staatssekretärin wies auch darauf hin, daß es Aufgabe der Schule sei, die Schüler auf den gesellschaftlichen Wandel von morgen vorzubereiten, nicht zuletzt indem sie den Schülern Werte vermittele. Doch könne Schule und Ausbildung nicht das ausgleichen, was von Eltern, Medien, Politikern und Kirchen versäumt werde.

Auch in Zeiten des gesellschaftlichen Wandels, so Marianne Schultz-Hector, bleibe die Erziehung der Kinder in „Verantwortung vor Gott, im Geiste christlicher Nächstenliebe“ gesetzlicher Auftrag der Schule. Auch der weltanschauliche freiheitliche Staat müsse daran interessiert sein, daß in der Gesellschaft eine Verständigung darüber erreicht werde, welche Werte für unser gemeinsames Leben gelten sollen.

Eröffnet wurde die landesweite Tagung des EAK mit einem geistlichen Wort des Balingener Dekans **Albrecht Plag**, der alle ermahnte, die Schwachen in unserer Gesellschaft nicht zu vergessen. Der Präsident des Landtags von Baden-Württemberg und stellvertretende EAK-Landesvorsitzende, **Erich Schneider**, hob die Bedeutung der EAK-Arbeit hervor, die zwar meist im Stillen geschehe, aber nicht weniger wichtig sei als das politische Alltagsgeschäft. Denn gerade die CDU lebe nicht nur von der Tagespolitik; sie müsse sich stets auf ihre Grundsätze besinnen.

Dem Referat der Staatssekretärin folgte ein engagierter Vortrag des Geschäftsführers des Christlichen Jugenddorfwerkes in Deutschland und EAK-Landesvorsitzenden, **Uwe Wienholz**. Bei der Politik, deren Aufgabe es sei, Zukunft zu gestalten, so Wienholz, dürfe man nicht vergessen, daß es dem Menschen letztendlich unmöglich sei, in die Zukunft zu sehen. Irrtum und falsche Entscheidungen seien daher nie ausgeschlossen.

Diese Einsicht bewahre uns vor der Gefahr, Politik zu ideologisieren. Anhand der demographischen und tech-

nologischen Entwicklung zeigte Wienholz den politischen Handlungsbedarf auf. Besorgt äußerte er sich über den steigenden materiellen Egoismus in unserer Gesellschaft, der sich nicht zuletzt bei der Diskussion um die Aufnahme von Aussiedlern in unserem Land zeige.

Die anschließende Aussprache und die Podiumsdiskussion mit den Vertretern der Bildungseinrichtungen im Kreis machte deutlich, daß es neben dem Lehrermangel an beruflichen Schulen auch sonst viele Herausforderungen im Bildungsbereich gibt, die keinesfalls allein von den Schulen gelöst werden können.

Bei den Wahlen wurden der Vorsitzende Uwe Wienholz und seine Stellvertreter, **Landtagspräsident Schneider**, **Professor Foko Weberling** (Ulm), und der stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende **Rainer Sindlinger** aus Albstadt in ihren Ämtern bestätigt.

Neu im Landesvorstand ist der Albstädter **Claus Joachim Lohmann**, Pressereferent wurde der Leiter der Abteilung Grundsatz und Politik bei der CDU-Landesgeschäftsstelle, **Jörg M. Fröhlich**.

Der Umdenkungsprozeß hat jetzt erst begonnen

Mayen. Roswitha Verhülsdonk, MdB war jetzt auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU und der Frauen-Union nach Mayen gekommen und referierte über das Thema „Gibt es eine neue echte Partnerschaft zwischen Frau und Mann in allen Lebensbereichen?“

Die Gesellschaft, angeregt durch die Fraueninitiativen, befindet sich am Beginn eines Umdenkungsprozesses. Besonders der jüngere Mann vollzieht langsam einen Rollenwechsel im familialen Sektor. Das setzt natürlich eine neue Auffassung von Partnerschaft voraus, die bis zur Arbeitsteilung der Familienverantwortung, von Haushalt bis zur Kindererziehung reicht. Tatsache ist, daß die Frauen heute ihre Lebensaufgaben nicht mehr auf die Fürsorge für Mann und Kinder beschränkt sehen, sondern teilhaben an der Berufswelt. Das Selbstverständnis und die Stellung der Frau in Beruf, Öffentlichkeit und Familie hat sich in diesem Jahrhundert entscheidend gewandelt. Dennoch ist die Gleichberechtigung nicht immer in die soziale Wirklichkeit umgesetzt, noch immer gibt es zu wenig Frauen in verantwortungsvollen Positionen in Parteien, Verbänden, Gewerkschaften und Unternehmen, noch immer übernehmen Frauen allein die Arbeit in der Familie.

Situation der Evangelischen Kirche heute

Siegen. Vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU Nordrhein-Westfalen erklärte der Leiter der Redaktion des Informationsdienstes der Evangelischen Allianz, **Helmut Matthies**, daß sich die Evangelische Kirche in Deutschland als Volkskirche in einer durchgreifenden Krise befinde.

Matthies, der zur „Situation der Evangelischen Kirche heute“ sprach, sagte, daß die Akzeptanz der Volkskirche immer mehr zurückgehe, während zur selben Zeit die Kirchensteuereinnahmen der EKD erheblich gestiegen seien, im Jahre 1987 um 800 Millionen DM auf 6,4 Milliarden DM. Geistliche Dürre, eine durch den innerkirchlichen Pluralismus ausgelöste Polarisierung und Spaltungstendenzen kennzeichneten die kritische Situation. Die anhaltende Austrittsbewegung sei ein bedenkliches Anzeichen. Dem stehe ein „Boom an Religiosität“ entgegen. „Religion ist wieder gefragt“.

Nach einer Schweizer Untersuchung hätten sich rund 500 000 Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland Sekten zugewandt. Das Interesse an nichtchristlicher Transzendenz wachse. Es gebe bereits 90 000 Wahrsager, die aufgrund ihrer Tätigkeit steuerpflichtig seien.

Allerdings, so Matthies, sei auch eine Erneuerungsbewegung innerhalb der Evangelischen Kirche festzustellen. Die Charismatische Bewegung greife um sich. Die Landeskirchlichen Gemeinschaften seien weiter gewachsen. Es gebe Anzeichen dafür, daß auch in der Amtskirche der Ernst der Lage begriffen würde. Erstmals habe die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer letzten Tagung zu der fundamentalen Krise Stellung genommen. Matthies, der sich für ein Verbleiben in der Volkskirche aussprach, forderte eine „neue Reformation“.

Sorge um die Krise von Kirche und Glauben bestimmte die Aussprache der Tagung des Evangelischen Arbeitskreises. Landesvorsitzender **Dr. Hans-Ulrich Klose**, Vizepräsident des Landtages, sah „Zeichen der Hoffnung“, wenn der Ernst der Situation nicht länger verdrängt und die Bereitschaft zur Mitarbeit auch von den Kritikern der Lage größer würde. Nur so könne einem weiteren Substanzverlust des protestantischen Glaubens entgegengewirkt werden.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber



von links nach rechts: Dr. Friedrich, Dr. Dollinger, Höffkes und Dr. Beckstein.

Gespräch zwischen Bürgern und Mandatsträgern

Nürnberg. Zu einem gemeinsamen Stehempfang unter dem Motto „Evangelische Bürger sprechen ihre Abgeordneten“ hatten die Bezirksverbände der Evangelischen Arbeitskreise Nürnberg-Fürth und Mittelfranken nach Nürnberg eingeladen. Neben anderen konnte der Vorsitzende des EAK Nürnberg-Fürth, **Prof. Dr. Hartmut Beck**, besonders den neu ernannten Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium, **Dr. Günther Beckstein**, die Bundestagsabgeordneten **Dr. Werner Dollinger** und **Peter Höffkes**, den Euro-

paabgeordneten **Dr. Ingo Friedrich** sowie eine Reihe von Bezirks-, Stadt- und Gemeinderäten willkommen heißen. In seiner Begrüßungsansprache beschäftigte sich Prof. Beck mit grundsätzlichen Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirche und ging dann auf einige aktuelle Probleme im Verhältnis des EAK zur Amtskirche in Nürnberg ein.

Nach Grußworten von Dr. Dollinger, dem Landesvorsitzenden des EAK, und von Dr. Beckstein, der seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß die zweitgrößte Stadt Bayerns, auch Dank der Unterstützung des EAK, nun wieder im Kabinett vertreten sei, hielt Dr. Ingo Friedrich, der Vorsitzende des EAK-Mittelfranken, ein kurzes Referat zum Thema „Stand und Probleme der europäischen Einigung sowie der Bedeutung der Europa-Wahl 1989“. Er gab dabei einen fundierten Überblick über das bisher Erreichte und zeigte die noch zu erwartenden Hindernisse bis 1992/93 auf. Dabei stellte er besonders die wirtschaftlichen Vorteile für alle Bürger eines gemeinsamen Marktes mit 325 Mill. Konsumenten heraus, wobei er auch zu erwartende Erschwernisse, wie die Verschärfung des Wettbewerbes, die erforderlichen Anpassungen und Umstellungen in einer Reihe von Branchen etc. nicht verschwieg.

Angesichts der guten Resonanz werden die beiden Evangelischen Arbeitskreise diese Form des Gesprächs zwischen Bürgern und Mandatsträgern, das nun schon zum zweiten Mal stattfand, sicherlich zu einer festen Einrichtung im Veranstaltungskalender werden lassen.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr

„Wieviel Ordnung braucht der Mensch?“

10. – 11. Februar 1989

Haus der Begegnung, Uhlenhorstweg 29, Mülheim

Freitag, den 10. 2. 1989

15.00 – 18.00 Uhr Vorträge:

Prof. Adam Weyer, Duisburg

Prof. Dr. Edzard Schmid-Jortzig, Kiel

Leitung: Staatsminister Albrecht Martin, Bonn

19.00 – 21.30 Uhr Kritische Anfragen

u.a. mit: Peter Beier, Dr. Ulrich Klose, MdL

Samstag, den 11. 2. 1989

9.30 – 12.30 Uhr Vortrag/Diskussion:

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble, Bonn

Anmeldung unter: 02 28/544-302 oder 02 08/ 5 99 06-42

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Minister für Bundesangelegenheiten Albrecht Martin, MdL; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Arnulf Borsche ● Redaktion: Birgit Heide, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Glaubensfrage oder Sachentscheidung?

Trier. Von Spannungen ist das Verhältnis zwischen Kirche und Politik zunehmend gekennzeichnet. Pfarrer demonstrieren gegen Atomkraft und Aufrüstung, Laien fordern Schutz der Natur und gerechte Verteilung des Reichtums in der Welt. Diese Entwicklung der vergangenen Jahre führt beide Seiten an Grenzen, Sprachlosigkeit unter den Beteiligten ist mancherorts die Folge.

Ein Dialog zwischen Kirche und Politik erscheint der Konrad-Adenauer-Stiftung denn auch unverzichtbar. Mit einem Forum gab ihr Mainzer Bildungswerk am Dienstag einen Anstoß, Meinungen auszutauschen und Standorte zu bestimmen. Dazu trugen die Referenten Professor **Hans Buchheim**, Kirchenrat **Wilhelm Kentmann**, Prälat **Friedhelm Hammes** und Staatsminister **Albrecht Martin**, ebenso bei wie das Auditorium, das unter Moderation des JU-Bundesvorsitzenden **Christoph Böhr** mitdiskutierte.

Daß christliche Wertvorstellungen die Formulierung einer demokratischen Verfassung ermöglicht haben, die Freiheit der Person und Menschenwürde zu Grundwerten erhebt, verdeutlichte der Politikwissenschaftler Buchheim. Staaten wie die Bundesrepublik würden sich weltanschaulich neutral verhalten und den Glaubensgemeinschaften so die freie Ausübung ihrer Religion gestatten, was in totalitären Regimen nicht der Fall sei.

Den christlichen Auftrag bezeichnete Staatsminister Martin als eigentlichen „Anstoß für Engagement in der Politik“. Allerdings warnte er davor, unmittelbare Handlungsanweisungen aus der Bibel herleiten zu wollen. Für Christen würden staatliche Ordnungen keinen absoluten Wert darstellen, wenngleich es notwendig sei, für die Wahrung der grundlegenden Menschenrechte zu kämpfen. „Nicht alles ist eine Gewissensentscheidung“, lautete seine Warnung, denn über den Einsatz der Atomenergie oder die Weltwirtschaftsordnung müßten die Verantwortlichen rein sachorientiert befinden und nicht allein nach einem Glaubensbekenntnis.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU Evangelische Akademie der Pfalz

„Was heißt sozial?“

10. – 12. Februar 1989

Haus Mühlberg in Enkenbach bei Kaiserslautern

Freitag, den 10. 2. 1989

19.00 Uhr Vortrag:

Prof. Dr. Bernd Guggenberger, Berlin

Samstag, den 11. 2. 1989

vormittags Vorträge:

Prof. Dr. Wilhelm Korff, München

Prof. Dr. Dr. Th. Strohm, Heidelberg

ab 14.00 Uhr Beiträge:

u. a. mit Präs. Fritz Linneweber, Saarbrücken
und Heribert Scharrenbroich, MdB, Bonn

Sonntag, den 12. 2. 1989

Podiumsveranstaltung

Anmeldung unter: 02 28/544-302 oder 0 62 32/1091 91

EAK-Bezirksverband Mittelrhein

„Die Macht der Medien – Brauchen wir eine Ethik für Journalisten?“

Donnerstag, den 23. Februar 1989, 19.30 Uhr

Karl-Arnold-Bildungsstätte, Venner Str.55, Bonn 2

Podiumsgespräch mit: Dieter Weirich, MdB, Bonn
Herbert A. Gornik, DLF Köln

Diskussionsleitung: Peter Hintze, Bonn

Anmeldung beim EAK unter: 02 28/544-302